

# Stenographischer Bericht

## 34. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

IV. Periode.

22. Dezember 1932.

### Inhalt:

- Personalien:** Urlaubsbewilligung Jira (591);  
Wahl eines Mitgliedes, bezw. Ersatzmannes in den Finanzausschuß an Stelle Jira, bezw. Rosenwirth (591).
- Auflage:** Die Beilagen Nr. 96 und 97 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 292, 293, 297 und 299 (591).
- Zuweisungen:** Die aufgelegten Beilagen und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (591).
- Verhandlungen:** 1. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 83, Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes vom 12. Februar 1931, LGBl. Nr. 25, über die Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht (Straßenpolizeigesetz). — Berichterstatter Gaugl (591). — Annahme des Antrages (592).
2. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag Dperschall, E.-Zl. 258, betreffend Reorganisation des gesamten Landeseseisenbahnwesens. — Berichterstatter Rosenwirth (592). — Redner: Dperschall (592). Annahme des Antrages (592).
3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag Millwisch, E.-Zl. 277, betreffend die Durchführung einer großen Brennholzaktion für Kleinrentner und Arbeitslose durch die steierm. Landesregierung. — Berichterstatter Arenn (592). — Annahme des Antrages (593).
4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag Arenn, E.-Zl. 278, betreffend Beschaffung von Baugrund für Siedlungen. — Berichterstatter Arenn (593). — Annahme des Antrages (593).
5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag Millwisch, E.-Zl. 276, betreffend die hauswirtschaftliche Schulung der arbeitslosen weiblichen Jugend. — Berichterstatter Gudenus (593). — Redner: Rohbacher (594), Mikola (595), Wolf (596), Gaugl (597). — Annahme des Antrages (598).
6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 280, betreffend Überschreitung des Kredites für Amts- und Kanzleierfordernisse der Landesverwaltung im Jahre 1932. — Berichterstatter Hartleb (598). — Annahme des Antrages (598).
7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 281, betreffend die Gründung des Betriebsabanges der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg durch das Land im Zusammenhang mit dem Abschluß des Betriebsvertrages. — Berichterstatter Hartleb (598). — Redner: Hornik (598), Dperschall (598). — Annahme des Antrages (598).
8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 282, betreffend Abänderung der Satzungen der Landes-Hypotheken-Anstalt für Steiermark. — Berichterstatter Hartleb (599). — Annahme des Antrages (599).
9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses in Personalangelegenheiten. Zu E.-Zl. 284 und 285. — Berichterstatter Aufst (599). — Annahme der Anträge (599).

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 268, betreffend die Verpachtung der Anlagen der Lokalbahn Preding—Wieselsdorf—Stainz und der erforderlichen Betriebsmittel an eine zur Weiterführung des Betriebes zu bildende Gesellschaft, sowie die weitere Unterstützung des Unternehmens durch das Land. — Berichterstatter Hartleb (599). — Annahme des Antrages (599).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

**Präsident:** Der Herr Abg. Karl Jira hat um einen dreiwöchigen Urlaub angefragt. Dieser Urlaub wurde ihm bewilligt.

Von Seite der sozialdemokratischen Fraktion wird um eine Abänderung in der Besetzung des Finanzausschusses ersucht, und zwar soll an Stelle des bisherigen Mitgliedes Abg. Karl Jira entsendet werden der bisherige Ersatzmann Abg. Alois Rosenwirth und an Stelle des bisherigen Ersatzmannes Abg. Alois Rosenwirth der Abg. Karl Jira.

(Dieser Wahlvorschlag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Aufgelegt wurden heute die gedruckten Beilagen Nr. 96 und 97 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 292, 293, 297 und 299.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Beilage Nr. 96 zunächst dem Volksbildungsausschusse und hernach dem Finanzausschusse;

Beilage Nr. 97 dem Finanzausschusse;

ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, und zwar:

E.-Zl. 292 dem Fürsorgeausschusse;

E.-Zl. 293 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse;

E.-Zl. 297 und 299 dem Finanzausschusse.

(Die Zuweisungen werden beschlossen.)

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung.

Der 1. Punkt ist der

mündliche Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 83, Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes vom 12. Februar 1931, LGBl. Nr. 25, über die Straßenpolizei, soweit sie sich nicht auf Bundesstraßen bezieht (Straßenpolizeigesetz). (I. Novelle zum Straßenpolizeigesetz für Steiermark.)

Berichterstatter ist der Herr Abg. Gaugl.

Berichterstatter Gaugl: Hohes Haus! Das vom hohen Hause am 12. Februar 1931 beschlossene Straßenpolizeigesetz bedarf einer Abänderung, um

den bundesgesetzlichen Bestimmungen entsprechend Rechnung zu tragen. Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss schlägt dem hohen Hause nachfolgendes Gesetz zur Annahme vor (verliest die in der Beilage Nr. 83 enthaltene Gesetzesvorlage samt Titel und Eingang).

(Das Gesetz wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

**Präsident:** Punkt 2:

**Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abg. Owerschall, Elser, Bachner und Genossen, E.-Zl. 258, betreffend Reorganisierung des gesamten Landeseisenbahnwesens.**

Berichterstatter ist der Herr Abg. Rosenwirth.

Berichterstatter Rosenwirth: Hohes Haus! Ich habe namens des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses zu berichten über den Antrag der Abg. Owerschall, Elser, Bachner und Genossen, betreffend Reorganisierung des gesamten Landeseisenbahnwesens.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich mit dieser Frage eingehend befaßt und hat folgenden Antrag gestellt, der vom hohen Landtage angenommen werden möge (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort einen Reformplan auszuarbeiten, der raschest durchgeführt werden muß, um das gesamte Landeseisenbahnwesen auf eine wirtschaftlich gesündere, den derzeitigen Verhältnissen angepasste Basis zu bringen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

**Owerschall:** Hohes Haus! Die drohende Einstellung verschiedener Linien der steirischen Landesbahnen hat uns veranlaßt, diesen Antrag zu stellen. Wir haben bereits in einer der letzten Sitzungen über eine Haftungserklärung des Landes verhandelt, und zwar hat es sich damals um die Lokalbahn Weiz—Birkfeld gedreht. Es sind hier 250.000 S an Haftung zu übernehmen gewesen, und schon bei dieser Gelegenheit haben wir verlangt, daß bei dieser Bahn durchgreifende Reformen durchgeführt werden. Nun sehen wir aber, daß alle diese Teilreformen zu keinem Erfolg führen, und aus diesem Grunde ist es notwendig, daß der Landtag durch seine Willensmeinung bekundet, die Landeseisenbahnverwaltung auf eine moderne, wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Es ist natürlich für die Bewohner dieser Gebiete nicht einerlei, ob diese Bahnen eingestellt werden oder nicht. Wir haben ja bei der Einstellung der Lokalbahn Preding-Wiefelsdorf—Stainz gesehen, daß wohl der Einstellungsbeschluss gefaßt wurde, aber es hat sich sofort deutlich sichtbar herausgestellt, daß das für die Öffentlichkeit einen ungeheuren Schaden bedeutet. Wir haben daher nun auch in der heutigen Landtagsitzung einen Antrag zur Beratung, der verlangt, daß hier Zuschüsse geleistet werden, um diese Bahn wieder zu betreiben, wenn auch vorläufig nur für den Frachtverkehr.

Ich möchte hier auch auf einige Dinge zurückkommen bei den einzelnen Bahnen, die so wichtig sind, daß der Landtag sie erfährt. Wir haben zum Beispiel bei der

Lokalbahn Weiz—Birkfeld einen Betriebsabgang, das heißt einen Verlust von 162.000 S. Bis Ende 1931 betrug der Verlust 272.000 S, die diversen Kreditoren, darunter sind Schulden an die Bundesbahn in Form der Frachtvergütungen und der Verkehrssteuern betragen 312.000 S. Bei den anderen Lokalbahnen ist es ebenso. Nun wird eingewendet, daß es sich hier nicht um ausgesprochene Landesbahnen handelt. Dem gegenüber muß aber festgestellt werden, daß das Land Steiermark fast bei allen Lokalbahnen die Aktienmehrheit besitzt, daher auch die Abgänge zu decken haben wird. Wir haben uns bekanntlich heute auch damit zu befassen, für die Lokalbahn Feldbach—Gleichenberg den Betriebsabgang von 87.000 S für das Jahr 1933 zu bevorschussen, das heißt auch zu bezahlen. Es wird eingewendet, daß die Verwaltung der steirischen Landesbahnen viel billiger kommt, als die der Bundesbahnen. Da muß aber festgestellt werden, daß hier für diese ganz kleinen Bahnen Betriebsleitungen bestehen und daneben noch die Direktion in Graz, und die kostet den einzelnen Bahnen rund 180.000 S. Diese Kosten werden wohl von den Bahnen refundiert, aber es wird ja vom Lande der Abgang gedeckt werden müssen, wie wir es aus dem Voranschlage für 1933 sehen, in welchen diese Beträge eingestellt wurden.

Es ist unserer Meinung nach unbedingt notwendig, daß eine Reform in der Weise durchgeführt wird, daß man die Betriebsleitungen auflöst und eine einheitliche Regelung für das gesamte Landeseisenbahnwesen durchführt, damit endlich diese Gefahr der Einstellung der Bahnen für die betreffenden Gebiete schwindet. Ich bitte daher, daß die Landeseisenbahnverwaltung ihre Voranschläge so erstellt, daß diese Bahnen für die Zukunft wirklich auf eine gesunde Basis gestellt werden, weil sonst alles Geld, das hier aufgewendet werden muß, nutzlos vergeudet wäre und neuerlich für diese Gebiete die Gefahr der Betriebseinstellung droht. Ich bitte daher, diesen Antrag anzunehmen und zu veranlassen, daß diese Reformpläne raschestens dem Landtage vorgelegt werden.

(Der Antrag des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses wird einstimmig angenommen.)

**Präsident:** Punkt 3:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Abg. Millwisch, Mikola, Gudenus, Schifko, Resch, E.-Zl. 277, betreffend die Durchführung einer großen Brennholzaktion für Kleinrentner und Arbeitslose durch die steiermärkische Landesregierung.**

Berichterstatter ist der Herr Abg. Krenn.

Berichterstatter Krenn: Die Abgeordnete Millwisch hat einen eingehend begründeten Antrag gestellt, worin die Landesregierung aufgefordert wird, entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit den Kleinrentnern und Erwerbslosen Brennholz gratis zur Verfügung gestellt wird und gestellt werden kann.

Die Anträge, die der Finanzausschuss angenommen hat, lauten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird beauftragt, in An gelegenheit einer Hilfsaktion für Brennholz für Kleinrentner und Erwerbslose umgehend Schritte

dahin einzuleiten, daß durch Heranziehung der Waldbesitzer Holz zur Verfügung gestellt werde.

2. Hinsichtlich der womöglich unentgeltlichen Zufuhr sind die geeigneten Schritte bei den in Betracht kommenden Faktoren (Private, Bundesheer, Eisenbahnverwaltungen, Bezirksvertretungen, Gemeinden usw.) zu unternehmen.

3. Es sind Verhandlungen einzuleiten, damit die notwendigen Hilfskräfte durch die Arbeitslosenämter zur Verfügung gestellt werden.“

Ich ersuche um Annahme der Anträge.

(Die Anträge werden ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

**Präsident:** Punkt 4 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Abg. Krenn, Bauer, Mikola und Genossen, E.-Zl. 278, betreffend Beschaffung von Baugrund für Siedlungen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Krenn.

Berichterstatter Krenn: Die Frage der Förderung der Siedlungen berührt alle Körperschaften. Wir können beobachten, mit welchem Nachdruck gerade in Deutschland die Auslockerung der dichten Besiedlungen vorgenommen wird. Wenn auch in Österreich die Versuche bisher auf dem Gebiete eigentlich zurückgeblieben sind, soll doch auch die steiermärkische Landesregierung und der Landtag versuchen, einigermaßen hier behilflich zu sein. Aus diesen Bestrebungen heraus ist der vorstehende Antrag entsprungen, der im wesentlichen beinhaltet, daß die Landesregierung ihr zur Verfügung stehende Gründe entsprechend vorbereitet, damit eine Siedlungstätigkeit einsetzen kann.

Der Finanzausschuß hat diesem Antrage nur mit der Abänderung, daß an Stelle 10. November 1932 zu setzen ist: „10. Februar 1933“ zugestimmt. Der Antrag lautet also (liest):

„Die Landesregierung hat bis 10. Februar 1933 ein Verzeichnis der für Siedlungen geeigneten, dem Lande oder Landesanstalten gehörigen Grundflächen dem Landtage vorzulegen.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

**Präsident:** Punkt 5 ist der mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Antrag der Abg. Millwisch, Mikola, Gaugl, Krenn, Bauer und der übrigen Mitglieder der christlichsozialen Landtagsfraktion, E.-Zl. 276, betreffend die hauswirtschaftliche Schulung der arbeitslosen weiblichen Jugend.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Gudenus.

Berichterstatter Gudenus: Ich berichte zur Einlaufzahl 276, betreffend die hauswirtschaftliche Schulung der arbeitslosen weiblichen Jugend.

Da von der Arbeitslosigkeit auch Frauen und Mädchen in so großer Zahl erfaßt sind, ist der Gedanke naheliegend, die vielen müßigen Stunden der jugendlichen Erwerbslosen in den Dienst der hauswirtschaftlichen Schulung zu stellen. Eine gründliche Vorbereitung für die Aufgaben in Haus und Familie ist

wohl für alle Mädchen notwendig, denn wohl die meisten kommen einmal in die Lage, in einem Haushalte zu arbeiten, sei es als Leiterin oder doch als Hilfskraft. Meist war es Mangel an Zeit infolge der Ausbildung für einen anderen Beruf oder drängende Erwerbsarbeit, die eine gründliche Ausbildung unserer weiblichen Jugend in sehr vielen Fällen verhindert hat; heute gibt es für viele Zeit in Fülle, das Versäumte nachzuholen.

Hauswirtschaftliche Schulung unserer jugendlichen Erwerbslosen, das muß ein wichtiger Programmpunkt der Arbeitslosenhilfe sein.

Man hat ja in den letzten Jahren in vereinzelt Fällen diesem Gedanken Rechnung getragen, es wurden Umschulungskurse abgehalten, auch in privaten Vereinen wurde in den Heimstätten die hauswirtschaftliche Bildung besonders gepflegt. Allein durch alle diese Aktionen wird leider nur ein kleiner Teil der weiblichen Jugend erfaßt, die heute durch Arbeits- und Verdienstlosigkeit nicht nur dem wirtschaftlichen Elend, sondern infolge des unfreiwilligen Müßigganges auch seelischen und sittlichen Gefahren ausgesetzt ist. Die hauswirtschaftliche Ausbildung unserer erwerbslosen Mädchen muß auf eine breitere Basis gestellt werden, die Finanzierung durch die Arbeitslosenhilfe gewährleistet werden.

Vor allem müßte man darangehen, schon Bestehendes diesem Ziele dienstbar zu machen. Wir haben unter der Leitung des Landeschulrates in Steiermark über 50 Schulküchen, die in den Nachmittags- und Abendstunden nicht benützt werden, wir haben noch weit mehr hauswirtschaftlich geprüfte Lehrkräfte an Volks- und Hauptschulen, die auf glänzende Erfolge im Unterrichte hinweisen können. Durch Übereinkommen mit dem Landeschulrate und den einzelnen Ortsgemeinden lassen sich, ähnlich wie in Niederösterreich, eine große Anzahl von hauswirtschaftlichen Abendkursen, besonders in Städten, Märkten und Industriegemeinden, durchführen, die nicht allzu große Kosten verursachen, zu deren Aufbringung, wie in Niederösterreich, die Arbeitslosenhilfe und die Jugendämter herangezogen werden könnten.

(Ich habe namens des Finanzausschusses daher folgenden Antrag zu vertreten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in kurzem Wege mit dem Landeschulrate und dem Arbeitslosenamt in Verhandlungen zu treten, damit nach Zustimmung der Gemeinden unter Benützung von Schulküchen und unter Heranziehung der Lehrerinnen für Hauswirtschaft an Volks- und Hauptschulen schon im heurigen Winter eine größere Anzahl von hauswirtschaftlichen Kursen für die jugendlichen Erwerbslosen durchgeführt werden können.

Dem Lande Steiermark dürfen hieraus jedoch keine neuen finanziellen Belastungen erwachsen.“

Die Abänderung des Antrages gegenüber der ursprünglichen Fassung besteht darin, daß in der vierten Zeile nach dem Worte „damit“ eingeschaltet wird: „nach Zustimmung der Gemeinden“.

Weiters ist noch ein Absatz angefügt, der folgenden Wortlaut hat (liest):

„Dem Lande Steiermark dürfen hieraus jedoch keine neuen finanziellen Belastungen erwachsen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages mit den von mir vorgelegten Abänderungen.

Weiters liegt noch ein Minderheitsantrag vor, daß dem zuletzt erwähnten Zusatz noch die Worte anzufügen sind (liest):

„und Mittel nicht aus der Krisenhilfe genommen werden.“

**Rosbacher:** Hohes Haus! Der in Verhandlung stehende Antrag sieht angeblich die hauswirtschaftliche Ausbildung von Mädchen vor. Selbstverständlich sind wir sehr für die Errichtung von Schulen und waren auch immer damit einverstanden, vor allem deshalb, weil jedem Menschen die Not der Jugend bekannt ist, sowohl die leibliche als auch die geistige Not, die vornehmlich darin besteht, daß die jungen Menschen keiner Ausbildung zugeführt werden können. Vor allem sind die Mädchen in den Haushalten der Arbeitslosen nicht mehr in der Lage, hier das für den Haushalt notwendige zu lernen, denn der Haushalt der Arbeitslosen muß derart primitiv geführt werden, daß die jungen Mädchen weder kochen noch sonst irgend etwas lernen können. Dazu kommt noch, daß in den einzelnen Haushalten nur Mädchen als Hausgehilfinnen unterkommen können, die bereits ausgebildet sind, daß also nur ausgebildete Kräfte genommen werden und man ungelernete Kräfte nicht wünscht. Aus diesen Gründen ist es nur zu begrüßen, wenn die jungen Mädchen eine Ausbildung erfahren können. Man hat gesagt, daß sich in Kapfenberg für diesen Kurs 80 Mädchen gemeldet haben, weil die Gemeinden und die Bewohner dieses Ortes der Meinung sind, daß die Mädchen in diesen Kursen eine gute und gediegene hauswirtschaftliche Ausbildung erfahren. Von hauswirtschaftlichen Schulen kann man wohl bei diesen Kursen nicht reden, höchstens von hauswirtschaftlichen Kursen. Wir nehmen allerdings zu dieser Vorlage eine andere Stellung ein, und uns erscheint sie als etwas ganz anderes. Die Vorlage und die Durchführung der Kurse, wie sie vorgesehen sind, finden von uns eine Ablehnung aus zweifachen Gründen:

Vor allem sind wir der Auffassung, daß durch diese Kurse der Versuch unternommen werden soll, den christlichsozial-klerikalen Einflußkreis zu erweitern und mit wirklicher christlichsozialer Agitation in die Arbeiterorte vorzudringen. Keinesfalls gibt die Vorlage und noch viel weniger die Inspektorin für das Land, Frau Schulrat Schüller, der diese Kurse unterstellt werden sollen, eine Gewähr, daß die Unterrichtserteilung objektiv erfolgt. Uns wird mitgeteilt, daß Frau Schulrat Schüller in ihrem Amtszirkel sich weniger mit Amtsobliegenheiten beschäftigt, sondern vielmehr in großem Ausmaße mit christlichsozialer Agitation. Aus dem Lehrplan ist ersichtlich . . . (Gaugl: „Wie heißt man das? Denunzieren!“ — Krenn: „Das heißt Demagogie!“) Man zwingt die Lehrerinnen, christlichsozial zu werden und da sind eben viele mit dem Herzen nicht dabei, die kommen zu uns

und erzählen uns diese Dinge. Auch aus dem Lehrplan ist ersichtlich, daß diese Kurse sehr parteipolitischen Bedürfnissen, nämlich christlichsozialen, angepaßt sind. Es ist geradezu lächerlich, daß bei diesen Kursen, die ohnedies nur eine geringe Ausbildung der Mädchen vorsehen, neben Kochen, Nähen und Flickern sehr viele Stunden für den Gesinnungsunterricht vorgesehen sind. Jeder gute Unterricht erzieht, und die Lehrerinnen haben bei der Unterrichtserteilung genug Gelegenheit, ihre Schülerinnen erzieherisch zu beeinflussen. Es gibt viele Lehrerinnen, die das sehr gut können und keine Gesinnungsstunden brauchen. Es gibt sehr viele Lehrerinnen, die ihr politisches Bekenntnis als ihre Privatmeinung betrachten, ihren Beruf objektiv auffassen und nie vergessen, daß sie Lehrerinnen für alle Schülerinnen, die ihnen unterstehen, sind. Diese Art von Kursen ist keine Neueinführung. Die Industrielle Bezirkskommission hat schon Jahre hindurch Umschulungskurse vorgenommen. Sie hat die Hilfsarbeiterinnen und Mädchen aus verschiedenen Berufen genommen und in wirklich guter Weise umgeschult, sie hat nicht Gesinnungsunterricht betrieben, hat den Mädchen vor allem Nähen und Kochen gelehrt, so daß viele Mädchen dann Stellungen als Hausgehilfinnen erhalten konnten. Diese Kurse mußten aber eingestellt werden, weil keine Mittel vorhanden sind. Es ist merkwürdig, diese notwendige hauswirtschaftliche Bildung der Mädchen mußte aufgegeben werden, weil keine Mittel da waren, und jetzt, wo es sich um christlichsoziale Machtbedürfnisse handelt, sollen auf einmal Mittel vorhanden sein. Der Leiter der Industriellen Bezirkskommission, der sich mit diesen Kursen beschäftigt hat, wurde um seine Meinung bezüglich der vorgesehenen Kurse befragt und hat gesagt, daß diese Kurse als völlig unzulänglich zu bezeichnen sind. Das ist sicher ein Mensch, den wir als objektiven Führer seines Amtes kennen. Die größeren Gemeinden hatten Haushaltungsschulen. Auch die mußten wegen Mangels an Mitteln eingestellt werden. Das Land selbst hat 9000 Schilling für den hauswirtschaftlichen Unterricht vorgesehen, damit werden Schulküchen an Hauptschulen unterhalten. Für die Stadtgemeinde Graz geschieht allerdings nichts. Im vergangenen Jahre hat Graz nicht einen Schilling aus diesem Titel bekommen, wahrscheinlich, weil Graz nicht in dem Maße dem christlichsozialen Einflusse unterworfen ist. Graz verlangt seit einer Reihe von Jahren die Übernahme von zwei der vier Kochlehrerinnen in den Landesdienst. Der Antrag ist im Landesdieneramt angenommen worden, Verhandlungen mit der Landesregierung wurden gepflogen, aber nichts wurde erreicht. Die ganzen Mittel, die im Voranschlage vorgesehen sind für den Haushaltungsunterricht, kommen zur Gänze den Schulen außerhalb Graz zur Honorierung der Lehrkräfte zu, es ist vielleicht möglich, daß die Grazer Klosterschulen etwas bekommen, darum muß ich mich erst kümmern. Die Lehrerinnen von Graz sollen übergangen werden, dafür wird aber eine christlichsoziale Lehrerin von Donawitz übernommen. Gut und normal ausgebildete Haushaltungslehrerinnen sind stellenlos, dafür werden Kurse für Kochlehrerinnen abgehalten. Man legt weit weniger Wert auf die gute fachliche Ausbildung, als auf die christlichsoziale partei-

politische Gesinnung. Die Agitation soll sich jede Partei selbst bezahlen (Mikola: „Sehr richtig! Selbst bezahlen!“) und dazu nicht öffentliche Mittel und Einrichtungen benützen. Nach diesem Antrage sollten die Gemeinden überhaupt nicht gefragt werden, ob sie diese Kurse einführen wollen oder nicht, obschon sie für das Schulerfordernis aufzukommen haben. Erst im Volkshilfsbildungsausschuß wurde das nach Widerstreben der christlichsozialen Partei ausgenommen, daß man auch die Zustimmung der Gemeinde einzuholen hat.

Der Antrag hat auch eine finanzielle Seite, die Mittel sollen vom Land und den Gemeinden aufgebracht werden. Die Rednerin der Christlichsozialen hat im Ausschusse betont, daß das Bundesministerium für die drei Kurse 800 S für die Bezahlung der Lehrkräfte zur Verfügung stellt. Dieser bescheidene Betrag von 800 S soll nun den Anlaß bieten, daß ein eigenes Schulsystem, im Antrage ist von 50 Schulkursen die Rede, aufgebaut werden soll. Um den Antrag schmähhaft zu machen, sagt man, daß nicht das Land, sondern die Krisenhilfe vorerst 1200 S zur Verfügung stellen soll.

Die Mittel der Krisenhilfe gehören aber den nothleidenden Gemeinden für die Zwecke der Auspeisungsaktion. Wenn also diese Mittel der Krisenhilfe entnommen werden, so erhalten die Gemeinden um diese Beträge weniger und die Gemeinden müssen Teile dieser Hilfsaktion abbauen. Das ist keine Hilfe, sondern eine Schädigung der nothleidenden Gemeinden und der Familien. Dazu haben die Gemeinden noch beizusteuern die Schulerfordernisse, Beheizung, Licht und Reinigung. Jedermann weiß, wie schlecht es den Gemeinden geht und daß jeder Groschen schon seinen Platz hat. Es wäre überflüssig, hier von der Nothlage der Gemeinden zu sprechen und von den verzweifeltsten Szenen, die sich dort abspielen, da die Gemeinden nicht imstande sind, den Armen Geld zu bezahlen oder sie in den Versorgungshäusern unterzubringen. Und in dieser Situation sollen neue Verpflichtungen von den Gemeinden übernommen werden. Ich halte es für völlig sinnlos, in einer Zeit, wo man nicht in der Lage ist, die bisherigen Einrichtungen zu erhalten, noch diese Kurse für einen kleinen Kreis von Mädchen zu errichten. Noch dazu haben praktische Fachleute den Wert der Kurse in Frage gestellt.

Wir lehnen daher den Antrag in dieser Form ab und haben den Zusatzantrag gestellt, daß wir zustimmen werden, wenn die Mittel nicht aus der Krisenhilfe genommen werden. Ich bitte, diesen Minderheitsantrag anzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mikola: Die Frau Kollegin Roßbacher hat soeben in ausführlichen Worten sich über den Antrag der Christlichsozialen Partei, betreffend diese Hausbildungskurse, ausgesprochen und hat ihn interessanterweise die ganze Zeit abgelehnt, zum Schluß aber gesagt: „Wir nehmen den Antrag an“. Übrigens, Frau Kollegin, konnte man aus Ihren Worten entnehmen, daß Sie eigentlich im Herzen finden, daß es etwas Gutes ist; aber nach außen hin haben Sie damit nicht zufrieden sein können, weil das ein Antrag der Christlichsozialen und nicht der Sozialdemokraten ist, und

daraus ersieht man wieder Ihre parteipolitische Einstellung zu dieser Frage, die uns wirklich nicht bewogen hat, diesen Antrag zu stellen, den für uns war lediglich das Bestreben maßgebend, die Zeit dieser stellen- und arbeitslosen jungen Mädchen, die nichts zu tun haben, auszunützen, damit sie praktische Kenntnisse für die Zukunft erwerben, wobei ihnen außerdem noch materiell dadurch geholfen wird, daß sie die Verpflegung, die sie zum Leben brauchen, erhalten und dabei noch ihre eigenen Kräfte mitanstrengen müssen. Es ist daher dieser ganze Antrag nicht nur nützlich, sondern auch lehrreich und praktisch.

Sie haben zuerst in sehr schönen Worten über die Nothwendigkeit der Ausbildung gesprochen; ich meine, das zeigt, daß Sie der Sache günstig gegenüberstehen. Dann haben Sie gesagt, daß Sie aus zweifachen Gründen den Antrag ablehnen, und zwar mit dem Bemerkten: Es wäre ein Versuch, die christlichsoziale Agitation — wie Sie nicht ausgesprochen, aber gedacht haben — in die von ihnen gekennzeichneten Gemeinden hineinzutragen. Damit haben Sie wieder Ihre parteipolitische Idee zum Ausdruck gebracht. Da ist gar keine Idee von einer christlichsozialen Agitation! Wir haben in keiner Weise überprüft oder überlegt, ob diese Haushaltungslehrerinnen christlichsozial, großdeutsch oder sozialdemokratisch sind, sondern es sind eben solche, die für diese Sache zur Verfügung stehen. Es sind ganz gewiß auch sozialdemokratische dabei; wir haben sie nicht überprüft, aber Sie haben sie schon unter die Lupe genommen.

Bezüglich der Frau Schulfra Schüller, die Sie mit dem schönen Namen Landeseschulinspektorin bezeichnet haben, weiß ich nicht, ob sie schon dazu avanciert ist. Sie sagen, daß sie nicht objektiv sei. Ich bitte, das ist eine Verdächtigung, die Sie ohne einen klaren Beweis, das und das ist geschehen, aussprechen. Ich möchte Sie warnen, solche Verdächtigungen über Personen zu bringen, die öffentliche Stellen bekleiden, pflichteifrig sind und sich alle Mühe geben, wenn Sie keine Beweise haben. Wir könnten Ihnen mit vielen Gegenbeweisen auf Ihrer Seite dienen und das wäre Ihnen vielleicht nicht angenehm. Wir wollen gerade bei dieser Sache keine Parteipolitik, sondern objektiv und sachlich arbeiten.

Wenn Sie behaupten, daß die Lehrerinnen gezwungen werden, christlichsozial zu werden, ich bitte, da stellen Sie dem Lehrerstand ein sehr großes Armutzeugnis aus, daß die Lehrer keinen eigenen Willen haben und sich hin- und herschupfen lassen. Wir schätzen den Lehrerstand höher ein, der weiß, was er tut. (Roßbacher: „Und wir wissen, daß sie keinen Kurs bekommen, wenn sie nicht christlichsozial sind, sie werden einfach abgebaut!“)

Bezüglich der finanziellen Seite, sagen Sie, wird zuerst vom Bundesbeitrag gesprochen. Gott sei Dank, wir sind froh, wenn der Bund einen Beitrag gibt, damit diese Sache möglich gemacht werde. Daß auch Beiträge von der Krisenhilfe dazu in Anspruch genommen werden, ist eine Sache, die ganz klar und einleuchtend ist. Ich bitte sehr, wenn von diesen Beiträgen Lebensmittel gekauft werden, die arbeitslosen

Mädchen zugute kommen, die sich daraus selbst ihr Essen zubereiten, so ist der Zweck erfüllt. Durch den Ankauf von Lebensmitteln finden sie auch noch eine Beschäftigung, bereiten sich ihre Mahlzeit selbst und brauchen sie sich nicht servieren und kredenzen zu lassen. Das hat auch erzieherischen Wert. (R o ß b a c h e r : „Warum bekommt die Stadtgemeinde Graz nichts, warum wird da keine Lehrerin in den Landesdienst übernommen?“) Wir sind nicht beschäftigt in der Stadtgemeinde Graz mit dieser Aktion, die überall dort durchgeführt werden wird, wo sich Personen finden, die die Durchführung übernehmen. Bezüglich der Gemeinden und der Mitarbeiter in den Gemeinden weiß ich ganz genau, daß in Bruck eine Konferenz des Bürgermeisters mit Vertretern der Frauenorganisation stattgefunden hat. Sie haben beraten, und keine einzige Person, niemand von der christlichsozialen Partei, hat etwas dagegen gehabt, sondern alle haben gesagt: Gut, setzen wir uns zusammen und reden wir uns darüber aus. Es ist selbstverständlich, daß sich in den Gemeinden ein Ortsausschuß bildet, daß der Bürgermeister und die Lehrpersonen, die in Betracht kommen, sich ausreden, darüber kann niemand was sagen.

Bezüglich der Belastung der Gemeinden durch diese Kurse glaube ich wirklich nicht, und da müssen Sie selbst darüber lachen, daß die Gemeinden da so schwer belastet werden. Wenn in einem Raum, der an und für sich schon geheizt ist, sich die Mädchen aufhalten und kochen, so glaube ich nicht, daß das ein so großes finanzielles Erfordernis für die Gemeinden ist, und wenn es auch nicht für einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Mädchen ist. Ich meine, wenn einzelne Mädchen da praktisch etwas lernen und sich täglich in der Küche beschäftigen und sie zugleich verpflegt und untergebracht sind, so ist das auch etwas, und aus vielen kleinen Dingen werden große. Man kann nie eine Sache auf einmal groß machen, sie muß erst langsam vertieft und vergrößert werden. Wir haben selbst gesagt, daß wir es begrüßen würden, wenn man an diesen Haushaltungskurs gleich eine Heimstätte anschließen könnte, damit die Mädchen auch noch etwas Praktisches und Nützliches lernen.

Bezüglich dessen, daß Sie diese Kurse als Schnellfiederkurse hinstellen, muß ich sagen, daß es natürlich besser wäre, wenn diese Kurse ein oder zwei Jahre dauern würden. Aber ich meine, man muß in der heutigen schweren Zeit tun, was möglich ist, und heute ist es nicht möglich, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln diese Dinge durchzuführen. Wir haben da ein Beispiel an der kleinen bäuerlichen Haushaltungsschule in St. Martin. Diese Schule, die sich so glänzend bewährt hat, hat Kurse, die nur aus je 24 Kurstagen bestehen, und haben die Mädchen in den Kursen glänzende Erfolge aufzuweisen, und die Familien sind dankbar, daß die Mädchen sich dort aufhalten können und so gut ausgebildet werden in der zur Verfügung stehenden Zeit.

Wenn Sie sich auch über den Lehrplan aufhalten, so bin ich doch überzeugt, daß das Bundesministerium für Unterricht nur deshalb einen Beitrag zu diesen Kursen gibt, weil der Lehrplan ein entsprechender ist und die Mädchen dort etwas lernen. Wenn Sie sich

über die Gesinnungspflege aufregen und aufhalten, so bin ich überzeugt, daß das einfach lebenskundliche Vorträge sind, die in der Fortbildungsschule gehalten werden, und die Menschen sollen doch auch einmal wissen, wie sie sich zu halten und zu benehmen haben. Es muß auch darauf gesehen werden, daß die Jugend herangebildet wird. Was haben wir von Wildlingen, die sich von niemandem was sagen lassen. (R o ß b a c h e r : „Das ist bei der Arbeit selbst möglich, beim Kochen, Waschen, Nähen usw., das lehrt man daneben!“) Soweit ich Ihre Heimstätten kenne und von den Kursen weiß, die Ihre Fraktion unternimmt, so haben auch Sie Lebenskunde und -pflege in Ihren Kursen eingeschaltet, und Ihre Gesinnungsschulung ist doch allgemein bekannt. (R o ß b a c h e r : „Das ist keine öffentliche Schule, das ist etwas anderes!“) Lebenskundliche Vorträge sind ein Gebot der Notwendigkeit und eine Voraussetzung für ein ordentliches Leben in der Zukunft und deshalb müssen die Menschen in der Jugend eine ordentliche Erziehung und Charakterbildung erhalten.

Ich glaube, ich habe mich genügend ausgesprochen, und ich habe auch über verschiedenes Notwendige gesprochen. Ich freue mich vom Herzen über die sozialdemokratische Fraktion, die durch meine Vorrednerin, nachdem sie zuerst den Antrag abgelehnt hat, als Schlußsatz doch gesagt hat, daß sie aus diesen verschiedenen Gründen den Antrag annehmen. (R o ß b a c h e r : „Nein, wir lehnen ihn ja ab!“)

Wolf: Die Antragsteller versuchen, den Antrag dem Hause mundgerecht zu machen, indem sie auf die Krisenhilfe hinweisen. Dieser heuchlerische Vorwand ist für uns gar kein Grund, auf ihre geschickt gestellte Falle hereinzufallen. Fällt uns gar nicht ein. Während der Rede der Frau Abg. R o ß b a c h e r haben Sie den Zwischenruf gemacht: „Späte Einsicht!“, nachdem die Frau Abg. R o ß b a c h e r erklärt hat, man müsse die Parteibedürfnisse und den Parteisäckel der Christlichsozialen honorieren. Ich glaube, Sie sind nicht in der Lage, irgend welche Beispiele für solche törichte Zwischenrufe zu erbringen. Wenn Sie uns herausfordern, so werde ich Ihnen einiges vor Augen führen. Es ist eine weit über Österreich hinaus bekannte Tatsache, in welcher korrumpierender Weise der christlichsoziale Parteimann V a u g o i n beim Bundesheer vorgegangen ist. Es ist das aktenmäßig belegt. (K r e n n : „Was hat der Deutsch gemacht?“) Es wurde das Geld des Bundes, das Geld der Öffentlichkeit, dazu verwendet, um die christlichsozialen Parteibedürfnisse in weitestgehendem Maße zu befriedigen und den klerikalen Einfluß zu verstärken. Sollen wir auch noch zu sprechen kommen auf andere Dinge? Es stehen uns eine Reihe von Beispielen zur Verfügung. Ich bin nur neugierig, was Sie uns entgegenhalten können in dieser Hinsicht, um Ihre Zurufe zu rechtfertigen. Die Reinhaltung des Staates von parteipolitischen Geschäften war bisher noch niemals Sache der christlichsozialen Partei. Das auf den Zwischenruf, den Sie gemacht haben.

Und nun zur Vorlage selbst. Schon diese verdächtige Eile, mit der die Vorlage eingebracht und bekriegen wurde (M i k o l a : „Man kann doch nicht nach dem

Winter anfangen, es ist doch jetzt die höchste Zeit. Das müssen Sie doch selbst einsehen, Herr Abg. Wolf!"), muß uns eine Warnung sein. (Mikola: „Wann sollen wir anfangen?“) Die Hilfe für die Arbeitslosen, für die notleidende Bevölkerung war anerkanntermaßen bisher hauptsächlich Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Ich verweise auf die Sozialversicherung, andererseits auf die Bemühungen der christlichsozialen Partei, die Sozialversicherung zu verschlechtern. Sie wissen doch, daß gegenwärtig ein Kampf gegen die Richtlinien geführt wird, es wird Ihnen auch bekannt sein, mit welcher Vehemenz seitens der sozialdemokratischen Partei im Parlament vorgegangen wird, um weitere Verschlechterungen hintanzuhalten und wie sie bemüht ist, den Darbenden Hilfe zu bringen. Solche Vorwände werden bei uns nicht verfangen können. Aber diese Eile, mit der Sie die Sache in Szene setzen, ist verdächtig. Sie wollen eine neue Schulkategorie in Steiermark einführen, in 50 Orten. Der amtliche Lehrplan im vom Unterrichtsminister Dr. Rinkelen und von Frau Schüller gemacht worden. Außerdem sollen alle diese Dinge gemacht werden in einer Zeit, wo für die bestehenden Schulen weitaus zu wenig Mittel vorhanden sind. Es gehen sonderbare Pläne im Landtage um, und wir wissen nicht, wie sich die Zukunft gestalten wird in diesem Lande, es fehlen überall die Mittel; und in diesem Stadium wollen Sie sich dazu verstehen, ein neues Schulsystem einzuführen, für Sie einzuführen, auf Kosten der Winterhilfe, auf Kosten der hungernden Menschen. (Mikola: „Die kriegen doch etwas zu essen in der Schule, wo sie lernen!“) 20 bis 30 Personen sind in der Schule, und für diese sollen Mittel zusammengezogen werden, während Sie tausende Hunger leiden lassen. (Mikola: „Wer hat denn das gesagt?“) Diese Dinge machen wir nicht mit. So schön können Sie gar nicht reden, um uns davon zu überzeugen. Die Mittel, die von der Krisenhilfe genommen werden, fehlen den Gemeinden, die Gemeinden werden also weniger Geld bekommen. (Mikola: „Dafür werden die Arbeitslosen etwas zu essen haben!“) Wenn es möglich wäre, in diesem Lande neue Mittel bereitzustellen, dann würden wir sogar trotz unseres Widerstrebens, trotz unserer Bedenken dafür sein. Weil aber dies nicht möglich ist, lehnen wir den Antrag ab, wenn der Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion keine Mehrheit finden sollte.

**Gaugl:** Hohes Haus! Wir erleben heute wieder die eigenartige Erscheinung, daß sich über unseren Antrag, der so außerordentlich zu begrüßen wäre, eine ungleich lange Debatte entwickelt, eine Debatte, die uns vollständig klar ist. Wir brauchen uns nur die Behandlung, die der Antrag in den einzelnen Ausschüssen erfahren hat, vor Augen halten. Im Volksbildungsausschusse scheinen die Sozialdemokraten tatsächlich hineingefallen zu sein, denn dort haben sie noch, allerdings mit einer kleinen Abänderung, daß die Zustimmung der Gemeinde verlangt wird, dafür gestimmt. Dieser Antrag ist dann vom Volksbildungsausschuß zum Finanzausschuß gewandert. Während dieser Wanderung ist nun die Angst auf der Gegenseite viel größer geworden, und

wir haben hier einen Antrag vor uns, der im Finanzausschuß beschlossen worden ist, zu dem aber schon ein Minderheitsantrag angemeldet wurde, durch den man unseren Antrag dadurch verhindern wollte, daß man überhaupt jede Möglichkeit, finanzielle Mittel aufzubringen, ausschaltete. Ganz besonders scheint aber die Angst hier im Hause zu sein, allerdings in einer Form, die man nicht mehr als ganz anständig bezeichnen kann. Wenn sich die sozialdemokratischen Redner hinreißen lassen, Worte zu gebrauchen, die eine hochverdiente, in jeder Weise wirklich klaglose Führerin einer Schulgattung unglaublich heruntersetzen, weisen wir das auf das schärfste zurück. Auf das schärfste weise ich auch die Anwürfe zurück, die erhoben worden sind, daß man in den Haushaltungsschulen nicht objektiv arbeitet. Ich stelle nochmals das ausdrücklich fest, so etwas muß festgehalten werden. Ich kann mich nicht erinnern, daß in diesem Hause Ausdrücke von derartiger Schärfe gefallen sind und einen ganzen Stand beleidigen. Die Angst der Sozialdemokraten, die sie diesbezüglich spüren, scheint auf etwas anderes zurückzuführen sein.

Im Finanzausschuß ist der Ausdruck gefallen, daß der Antrag hinterhältig ist und wurde speziell Sankt Martin genannt. Ja, der Antrag hat einen Hinterhalt von christlichsozialer Seite aus, aber nur den, um die heranwachsende Jugend in der Form, wie wir sie meinen, auch entsprechend erziehen zu können. Nun scheint aber die sozialdemokratische Fraktion sich über die Auswirkung des Antrages überhaupt nicht ganz klar zu sein, oder will es nicht sein, weil im Volksbildungsausschusse schon genau darüber gesprochen worden ist. Wir stellen uns den Kurs nicht vor, wie Haushaltungsschulen im üblichen Sinne sind, in denen die Mädchen vollständig kochen, lernen Kleidungsstücke anfertigen zu können, sondern diese Kurse sollen die Möglichkeit geben, jene Befähigung zu erhalten, um die Kost zu bereiten, wie sie im Arbeiterhaus gegessen wird, weiter sollen die Mädchen auch dazu befähigt werden, alte Kleidungsstücke für die heranwachsenden Kinder umzuändern, daß sie wieder getragen werden können. Es ist nicht notwendig, daß die Zahl der Kursteilnehmer auf eine kleine Zahl beschränkt ist, es kann auch eine größere Zahl von Mädchen im Rahmen dieser Kurse beschäftigt werden. Das Wertvolle dieser Kurse soll aber darin liegen, daß die Mädchen durch sie angeregt werden, auch zu Hause in ihrer freien Zeit das Gelernte zu verwerten. Wir müssen denken, daß die jugendlichen männlichen Arbeitslosen noch besser daran sind, die durch Betreiben von irgend einem Sport in der einfachsten Form den Tag ausfüllen.

Wenn Sie von der Schwierigkeit der Finanzierung sprechen, so können Sie trotzdem den Antrag annehmen, so entschuldig ist die Sache nicht. Es ist bereits im Finanzausschusse festgestellt worden, daß Mittel der Bundesregierung vorliegen, und ich glaube, daß schon auch das Land einige hundert Schilling wird aufbringen können. Auch die Industrielle Bezirkskommission wäre sogar verpflichtet, ebenfalls beitragen. Im Volksbildungsausschuß wurde schon davon gesprochen, daß eine ganze Reihe von Gemeinden den Ruf nach Haushaltungsschulen erhoben haben. Wenn nun alle Faktoren zusammenstehen, um die Mittel aufzubringen,

und auch Private mit Spenden sich daran beteiligen, dann wird es möglich sein, daß die Kurse zur Durchführung gebracht werden.

Auf eines möchte ich noch verweisen. Es wird immer wieder St. Martin zur Sprache gebracht. Ich kann nur feststellen, daß derjenige, der das hier in dieser Form gebracht hat, den Wert der bäuerlichen Fortbildungsschulen nicht kennt, denn wenn er ihn kennen würde, dann müßte er anders urteilen. Ich habe selbst draußen Kurse geführt und geleitet, und weiß, welche große Erfolge in wenig Jahren zum Wohle unseres Bauernstandes geschaffen worden sind. Die Einrichtungen, die in Steiermark durch den hochverehrten Herrn Hofrat Steinberger geschaffen wurden, haben weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus Bedeutung. Kein Mensch, weder in Österreich noch außerhalb, könnte in diesem Manne oder in seinem Schulsystem einen Fehler finden; ein Fehler scheint allerdings vorhanden zu sein, daß Dr. Steinberger eben ein Priester ist. Das ist nun scheinbar für eine Gruppe ein Grund, daß sie eine sonst zu begrüßende Einrichtung immer wieder bekämpfen. Ich glaube daher, daß jene Gruppen und Fraktionen des hohen Hauses, die den Antrag wirklich erfaßt haben, auch für denselben stimmen werden.

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft, ich schreite zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Antrag des Herrn Berichterstatters und hernach über den Minderheitsantrag des Herrn Abg. Wolf.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird mit Mehrheit angenommen, der Minderheitsantrag Wolf abgelehnt.)

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 280, betreffend Überschreitung des Kredites für Amts- und Kanzleierfordernisse der Landesverwaltung im Jahre 1932.**

Berichterstatter ist Herr Präsident Hartleb.

Berichterstatter Hartleb: Der Finanzausschuß hat sich mit der Regierungsvorlage, E.-Zl. 280, beschäftigt und empfiehlt dem hohen Hause die Annahme des in der Einlaufzahl abgedruckten Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

**Präsident:** Punkt 7:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 281, betreffend die Stundung des Betriebsabganges der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg durch das Land im Zusammenhange mit dem Abschluß des Betriebsvertrages.**

Berichterstatter ist der Herr Präsident Hartleb.

Berichterstatter Hartleb: Der Finanzausschuß hat sich mit der Einlaufzahl 281 beschäftigt und beschloffen, dem hohen Hause die Annahme des Antrages, der in der Einlaufzahl abgedruckt ist, zu empfehlen.

Dieser Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, anlässlich des Abschlusses des Vertrages über die Führung des Betriebes auf der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg namens des Landes Steiermark für die Gültigkeitsdauer des Vertrages die Verpflichtung zu übernehmen, der Lokalbahn den Ersatz der Betriebskosten zu stunden, und zwar in dem Ausmaße, als die Verwaltungsausgaben und der Betriebsaufwand in den Roheinnahmen, abzüglich der Verkehrssteuern, keine Deckung finden. Hierbei hat sich die Lokalbahn zu verpflichten, allfällige Überschüsse in erster Linie zur Rückzahlung der gestundeten Beträge zu verwenden. Die hierzu erforderlichen Mittel sind jeweils in die Landesvoranschlagsentwürfe einzustellen.“

Ich bitte den hohen Landtag um Annahme dieses Antrages.

**Hornik:** Hohes Haus! Unsere Stellungnahme zu den Fragen, welche die Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg betreffen, haben wir schon bei der vorjährigen Beratung des Budgets bekanntgegeben. Es würde nur eine Wiederholung bedeuten, wenn ich in alle Details dieser Stellungnahme jetzt wieder eingehen und Bekanntes noch einmal wiederholen würde. Aus den bekannten Gründen sind wir nicht in der Lage, für den Antrag zu stimmen.

**Operšall:** Namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion habe ich die Erklärung abzugeben, daß auch wir nicht in der Lage sind, für diesen Antrag zu stimmen, und zwar deshalb, weil ohnehin jedes Jahr die Möglichkeit gegeben ist, innerhalb des Voranschlages diesen Punkt zu behandeln, im übrigen auch hauptsächlich deshalb, weil, wie wir das schon in einem vorherigen Antrag begründet haben, es notwendig ist, daß eine durchgreifende Reform im gesamten Landes-eisenbahndienst erfolgen muß. Gerade bei der Lokalbahn Feldbach—Bad Gleichenberg, bei der Betriebsführung derselben, mußten wir wieder sehen, daß neue Leute angestellt worden sind, die mit den Landesbahnen in keiner irgendwie gearteten Verbindung gestanden sind, während auf anderen Linien gewisse Leute abgebaut wurden. Es ist das als eine gewisse Kopflosigkeit zu bezeichnen, und wir sind daher nicht in der Lage, für diesen Antrag zu stimmen, insoweit nicht eine durchgreifende Reform des gesamten Landes-eisenbahnwesens erfolgt.

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche diejenigen Abgeordneten, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatters zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, abzuzählen. (Geschieht.) Ich zähle 18 Stimmen; ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Es sind 17 Stimmen. Der Antrag steht 18 zu 17, ist daher mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. (Heiterkeit.)

Punkt 8:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 282, betreffend Abänderung der Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark.**



Berichterstatter ist der Herr Präsident Hartleb.

Berichterstatter **Hartleb**: Der Finanzausschuß ist nach Beratung der E.-Zl. 282 zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen, die Annahme des Antrages zur Einlaufzahl 282 dem Landtage zu empfehlen. Ich bitte daher um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 9:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses in Personalangelegenheiten zu E.-Zl. 284 und 285.**

Berichterstatter ist der Herr Abg. **Aust**.

Berichterstatter **Aust**: Hohes Haus! Der Finanzausschuß unterbreitet dem hohen Landtage folgenden Antrag (liest):

„Dem Hilfsarbeiter **Andreas Rappold** wird ab 1. Juli 1932 eine monatliche Gnadengabe von 28 Schilling (Zwanzigacht Schilling) bis auf weiteres gewährt.

Bedeckung ist im Kapitel 8, Rubrik 6, Zuschüssen, gegeben.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

**Weißer** unterbreitet der Finanzausschuß dem hohen Hause den folgenden einstimmig gefaßten Beschluß (liest):

„Dem Hilfsarbeiter **Emanuel Jäger** wird ab 1. Juli 1932 eine monatliche Gnadengabe von 28 S (Zwanzigacht Schilling) bis auf weiteres gewährt.

Bedeckung ist im Kapitel 8, Rubrik 6, Zuschüssen, gegeben.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Punkt 10:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 268, betreffend die Verpachtung der Anlagen der Lokalbahn Preding-Wiefelsdorf—Stainz und der erforderlichen Betriebsmittel an eine zur Weiterführung des Betriebes zu bildende Gesellschaft, sowie die weitere Unterstützung des Unternehmens durch das Land.**

Berichterstatter ist der Herr Präsident **Hartleb**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Hartleb**: Der Finanzausschuß hat die Einlaufzahl 268 beraten und ist einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, dem Landtage die Annahme der darin enthaltenen Anträge zu empfehlen. Ich bitte daher um die Annahme dieser Anträge.

(Die Anträge werden ohne Wechselrede einstimmig angenommen.)

Präsident: Hiemit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

(Der Präsident verkündet das Stattfinden der nächsten Sitzung und deren Tagesordnung.)

Hat jemand zu dieser Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Der Finanzausschuß versammelt sich sofort jetzt nach der Hausitzung im Regierungssitzungszimmer zu einer Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.)